

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN AUF
DIE WAHLPRÜFSTEINE DES BERLINER
FRAUENNETZWERKS E.V.**

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2026

Welche konkreten haushaltspolitischen Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um eine verbindliche, mehrjährige institutionelle Förderung im Bereich feministischer Infrastruktur sicherzustellen? Bitte benennen Sie Haushaltstitel und geplante finanzielle Aufwüchse zur Sicherstellung der Trägervielfalt.

Antwort:

Wir schätzen die Arbeit, die im Bereich feministischer Infrastruktur geleistet wird. Wir setzen uns dafür ein, bestehende Förderstrukturen im Rahmen der haushaltspolitischen Möglichkeiten zu erhalten und weiterzuentwickeln. Angesichts der angespannten Haushaltslage leitet uns bei der Verteilung von Haushaltsmitteln der Grundsatz der Effizienz und der sachgerechten Aufgabenerfüllung. Wir setzen auf eine transparente Haushaltspolitik, die sich an den tatsächlichen Bedarfen der gesamten Berliner Bevölkerung orientiert

Wie will Ihre Partei feministische Infrastruktur dauerhaft absichern und verhindern, dass Personalabbau, Angebotskürzungen oder Projektauflösungen durch unsichere Finanzierung entstehen? Geplante Maßnahmen für ausreichende Finanzierung, tarifgerechter Bezahlung, mehrjähriger Förderzusagen

Antwort:

Wir wissen, wie wichtig verlässliche Rahmenbedingungen für die Menschen sind, die in der sozialen Arbeit tätig sind. Wir unterstützen das Ziel einer möglichst langfristigen Planungssicherheit für Träger. Wir haben bereits eine weitreichende Reform des Berliner Zuwendungsrechts auf den Weg gebracht. Durch die Verschlankung von Abläufen und die Einführung digitaler Lösungen reduzieren wir den Verwaltungsaufwand für Vereine und Initiativen erheblich. Zudem streben wir an, Zuwendungsbescheide für unverzichtbare soziale Angebote über längere Zeiträume auszustellen, um den Trägern die dringend benötigte Planungssicherheit zu geben. So schaffen wir Freiräume, damit sich die Engagierten auf ihre eigentliche inhaltliche Arbeit konzentrieren können, anstatt sich mit übermäßiger Bürokratie zu befassen.

Welche konkreten Ausbauziele verfolgt Ihre Partei für Feministische Zentren? Sollen neue Zentren geschaffen werden und wie wird Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit verbessert?

Antwort:

Feministische Zentren leisten als Begegnungs- und Anlaufstellen wichtige Arbeit. Unser Ziel ist es, entsprechende Einrichtungen trotz der aktuell angespannten Haushaltslage zu unterstützen. Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit verstehen wir dabei als wichtige Qualitätsmerkmale, die bei der Weiterentwicklung bestehender Angebote mitgedacht werden sollten.

Welche konkreten Programme, Plätze und Budgets plant Ihre Partei für den Ausbau arbeitsmarktpolitischer Projekte für FLINTA* (zusätzliche Teilnahmeplätze, Qualifizierungsangebote, Beratungsstellen, Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für besonders benachteiligte Gruppen)?

Antwort:

Unser Ziel ist ein Berlin, in dem Frauen sicher leben, gleiche Chancen erhalten und ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Wir setzen auf bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, faire Aufstiegschancen und gezielte Unterstützung von Alleinerziehenden. Wir unterstützen Qualifizierungsmaßnahmen, Wiedereinstiegsprogramme und Beratungsangebote, die Frauen – insbesondere Alleinerziehenden und Frauen mit Migrationsgeschichte – den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern.

Welche konkreten Maßnahmen im Gewaltschutz wird Ihre Partei umsetzen und finanzieren? Geplante Mittel für neue Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen, zusätzl. Fachberatungsstellen, Krisendienste, Mittel für Sprachmittlung, Barrierefreiheit, Kinderbetreuung, besserer Zugang zu eigenem Wohnraum

Antwort:

Unser Ziel ist klar: Gewalt gegen Frauen soll nicht nur bekämpft, sondern möglichst verhindert werden.

Mit dem Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention haben wir einen umfassenden strategischen Rahmen geschaffen, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt wirksam zu bekämpfen. Mit dem neuen Berliner Gewalthilfegesetz schaffen wir verlässliche Strukturen – damit Betroffene in der schwersten Situation ihres Lebens schnell Schutz und Hilfe bekommen. Darüber hinaus hat der CDU-geführte Senat bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um den Schutz von Frauen und Mädchen in unserer Stadt zu verbessern zu verbessern. Dazu gehören beispielsweise zusätzliche Frauenhausplätze sowie die Eröffnung eines neuen barrierefreien Frauen- und Kinderschutzhauses, die Ausweitung des Betretungsverbots, die Datenweitergabe von Tätern an Beratungsstellen und der niedrigschwellige Zugang zu Hilfsangeboten, wie der Gewaltschutzambulanz. Auch mit einer klaren gesetzlichen Grundlage für die elektronische Fußfessel haben wir den Opferschutz spürbar verbessert. Wir werden ihren Einsatz bei Hochrisiko-Gefährdungen konsequent ausweiten, damit Kontakt- und Näherungsverbote zuverlässig überwacht und Verstöße frühzeitig erkannt werden können. Nach dem Vorbild anderer europäischer Länder werden wir zudem Opfer von Wiederholungstätern auf Wunsch mit Technik ausstatten, die sie unmittelbar warnt, wenn sich ein gewalttätiger Täter nähert. Darüber hinaus setzen wir auf behördenübergreifende Zusammenarbeit und den Ausbau der von uns eingeführten Fallkonferenzen zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften, Familiengerichten und

Ordnungsämtern, um Informationen besser auszutauschen und Schutzmaßnahmen wirksam aufeinander abzustimmen.

Wir werden den Schutz von Gewaltopfern weiter stärken und die Vorgaben der Istanbul-Konvention ressortübergreifend umsetzen. Dazu gehört der bedarfsgerechte Ausbau von Schutzstellen, Frauenberatungs- sowie Interventionsstellen. Zudem planen wir den weiteren Ausbau der Frauenhausplätze.

Wir wollen auch die rechtliche Situation von Betroffenen häuslicher Gewalt weiter verbessern. Opfer sollen schneller und unbürokratischer aus gemeinsamen Mietverträgen aussteigen. Unser Ziel ist, dass sie schnell eine neue Wohnung bekommen. Zudem setzen wir uns für Anpassungen im Sorge- und Umgangsrecht ein: Wer Gewalt gegen das andere Elternteil ausübt, muss damit rechnen, dass der Umgang mit dem Kind eingeschränkt oder ausgeschlossen wird. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass ein gewalttätiges Elternteil keinen Zugriff auf die neue Wohnanschrift erhält. Kinder haben ein Recht darauf, in einem gewaltfreien Umfeld aufzuwachsen.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, das Strafrecht weiterzuentwickeln und insbesondere das Merkmal „unter Ausnutzung der körperlichen Überlegenheit“ bei schweren Gewaltdelikten einzuführen, um besonders schutzbedürftige Opfer besser zu schützen.

Die Prävention von Gewalt gegen Frauen ist für uns ein zentrales Anliegen. Gewalt muss verhindert werden, bevor sie entsteht oder eskaliert. Deshalb wollen wir Aufklärung, Sensibilisierung und frühe Intervention stärken – in Schulen, Kitas, Jugendhilfe, Sportvereinen, aber auch Verwaltung, Polizei, Justiz und Gesundheitswesen. Fachkräfte müssen Warnsignale erkennen und konsequent handeln können.

Themen wie Gleichberechtigung, persönliche Grenzen, Konsens und gewaltfreie Konfliktlösung müssen frühzeitig in Kitas und Schulen altersgerecht vermittelt werden. Gleichzeitig wollen wir niedrigschwellige Beratungsangebote, verpflichtende Täterarbeit und öffentliche Kampagnen weiter ausbauen.

Wie will Ihre Partei die Lebensrealitäten von geflüchteten und migrantisierten FLINTA* konkret verbessern? Geplante Maßnahmen zum Abbau bürokratischer Hürden, besserem Zugang zum Arbeitsmarkt, Gesundheitsversorgung, Gewaltschutz, Gewaltschutz für geflüchtete FLINTA* im Rahmen der GEAS

Antwort:

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Frauen – unabhängig von ihrer Herkunft – Zugang zu Schutz, Gesundheitsversorgung und Beratung haben. Wir unterstützen Maßnahmen, die geflüchteten und migrantisierten Frauen den Zugang zu bestehenden Angeboten erleichtern und bürokratische Hürden dort abbauen, wo es

rechtlich möglich und sinnvoll ist. Auch in Erstaufnahmeeinrichtungen und Unterkünften müssen Gleichberechtigung, Gewaltschutz und Hilfsangebote frühzeitig, mehrsprachig und verständlich vermittelt werden. Verbindliche Schutzkonzepte, geschultes Personal, sichere Rückzugsräume und klare Abläufe bei Gewaltvorfällen sind dafür unerlässlich. Für uns gilt dabei unmissverständlich: Gewalt gegen Frauen darf niemals mit Herkunft, Kultur oder Religion relativiert werden.

Wie positioniert sich Ihre Partei zur Reform bzw. Abschaffung des §218 StGB und welche konkreten Initiativen wird sie dazu auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene unterstützen?

Antwort:

Die geltende Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch bildet einen mühsam gefundenen gesellschaftlichen Kompromiss ab, der das Selbstbestimmungsrecht der Frau und den Schutz des ungeborenen Kindes berücksichtigt. Zu dieser Rechtslage stehen wir. Anstelle einer Neuregelung außerhalb des Strafgesetzbuches setzen wir auf Hilfsangebote und Prävention, um Frauen in Konfliktsituationen zu unterstützen.

Welche landespolitischen Maßnahmen sind geplant, um die Rechte von trans*, inter* und nicht-binären Personen praktisch zu stärken (z. B. in Verwaltung, Bildung, Gesundheitsversorgung)?

Antwort:

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen respektvoll behandelt werden und frei von Diskriminierung und sicher leben können. Das gilt selbstverständlich auch für queere Menschen.

Wir setzen auf eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung. Wo es sinnvoll ist, sollen Beschäftigte für unterschiedliche Lebensrealitäten sensibilisiert werden, damit Anliegen kompetent und serviceorientiert bearbeitet werden können.

Schulen sind nicht nur Orte des Lernens, sondern auch der Wertevermittlung. Respekt, Toleranz, gegenseitige Rücksichtnahme und die Achtung der Menschenwürde bilden die Grundlage eines guten Miteinanders. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass Bildungsangebote altersgerecht, sachlich und ideologiefrei ausgestaltet werden.

Im Gesundheitswesen setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen entsprechend ihrer individuellen Bedürfnisse Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung und qualifizierten Beratung haben. Dazu gehört auch, bestehende Versorgungsangebote kontinuierlich weiterzuentwickeln und dort zu verbessern, wo dies erforderlich ist.

Welche Maßnahmen sind geplant, um sichere Arbeitsbedingungen für straßenbasierte Sexarbeit von FLINTA* zu schaffen?

Antwort:

Wir wollen Straßenprostitution in ganz Berlin verbieten. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass Berliner Kieze wie etwa der Kurfürstengiez und rund um den Nollendorfplatz unter Kriminalität, Verwahrlosung und massiven Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner leiden und Schutzbefohlene in Kitas vom Bezirk nicht geschützt werden. Die staatliche Finanzierung von Verrichtungsboxen oder anderer Infrastruktur für das Geschäft von Zuhältern lehnen wir ab. Für den Kurfürstengiez wollen wir ein umfassendes Zukunftskonzept entwickeln, das Sicherheit, Ordnung und Aufenthaltsqualität nachhaltig wiederherstellt.

Außerdem haben wir in Berlin ein Projekt auf den Weg gebracht, das Frauen beim Ausstieg aus der Prostitution unterstützt. Denn viele betroffene Frauen erleben hierdurch Gewalt, Ausbeutung und schwere seelische Belastungen. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir fortsetzen und weiter ausbauen. Bestehende Ausstiegsprogramme sowie soziale und gesundheitliche Unterstützungsangebote für Prostituierte werden wir gezielt stärken. Männliche Prostitution verlieren wir dabei nicht aus dem Blick.

Wie stellt Ihre Partei sicher, dass steigende Bedarfe durch den Anstieg von häuslicher, sexualisierter und queerfeindlicher Gewalt nicht auf bestehende, bereits ausgelastete Strukturen abgewälzt werden? Gibt es konkrete Bedarfsanalysen und Ausbaupläne mit Zeitrahmen?

Antwort:

Menschen, die von häuslicher, sexualisierter oder queerfeindlicher Gewalt betroffen sind, müssen schnelle, verlässliche und bedarfsgerechte Unterstützung erhalten. Dabei ist es uns wichtig, die Entwicklung der Bedarfe regelmäßig im Blick zu behalten und im Austausch mit den Trägern sowie den zuständigen Einrichtungen zu prüfen, wo Anpassungen oder Erweiterungen bestehender Angebote sinnvoll und notwendig sind. Unser Ziel ist es, dass zusätzliche Bedarfe trotz der angespannten Haushaltslage möglichst nicht zulasten bereits bestehender und stark nachgefragter Strukturen gehen.

Darüber hinaus werden wir die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz, Gesundheitswesen sowie Beratungs- und Schutzeinrichtungen weiter stärken, damit Betroffene möglichst schnell die passende Unterstützung erhalten.

Neben einem leistungsfähigen Hilfesystem sind und bleiben Prävention, Opferschutz und eine konsequente Strafverfolgung wichtige Bausteine, um Gewalt wirksam entgegenzuwirken.

Siehe dazu auch Antwort auf Frage 5.